



# Kiezblatt

## Alexander King MdA

Winter 2023/2024

Foto: Daniel Saltzweil, Medienboard Berlin Brandenburg

### **Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,**

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass in Deutschland eine neue Partei entsteht mit dem Ziel, wieder Vernunft in die Politik zu bringen: Ende Oktober hat sich der Verein "Bündnis Sahara Wagenknecht" (BSW) der Öffentlichkeit vorgestellt.

Dieser Verein bringt die Gründung einer neuen Partei auf den Weg - einer Partei, die sich für wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und die Verteidigung unserer Freiheit gegen um sich greifende Sprech- und Denkverbote einsetzen wird.

Ich habe mich dem BSW angeschlossen und freue mich, wenn auch Sie unser Projekt unterstützen. Deshalb will ich in dieser Ausgabe unseres Kiez-Blattes das BSW vorstellen.

Bitte schreiben Sie mir, was Sie darüber denken, ob auch Sie der Meinung sind, dass sich in Deutschland etwas verändern muss, dass wir dafür eine neue Partei benötigen, was Sie vielleicht selbst dazu beitragen wollen. Zuschriften gerne per Post oder Email, alle Kontaktdaten finden Sie auf Seite 4. Natürlich berichten wir auch in dieser Ausgabe wieder von lokalen Auseinandersetzungen vor Ort, siehe Seite 3.

Auch hier gilt: Falls Sie ein Anliegen haben, bei dem wir Sie unterstützen können oder über das hier berichtet werden sollte, geben Sie uns jederzeit Bescheid.

Freundliche Grüße

Alexander King, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

## Bündnis Sahra Wagenknecht - Unser Gründungsmanifest

Unser Land ist in keiner guten Verfassung. Seit Jahren wird an den Wünschen der Mehrheit vorbei regiert. Statt Leistung zu belohnen, wurde von den Fleißigen zu den oberen Zehntausend umverteilt. Statt in einen kompetenten Staat und gute öffentliche Dienste zu investieren, haben Politiker die Wünsche einflussreicher Lobbys bedient und dadurch die öffentlichen Kassen geleert. Statt Freiheit und Meinungsvielfalt zu achten, macht sich ein autoritärer Politikstil breit, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben, zu heizen, zu denken und zu sprechen haben. Die Regierung wirkt planlos, kurzfristig und in vielen Fragen schlicht inkompetent. Ohne einen politischen Neuanfang stehen unsere Industrie und unser Mittelstand auf dem Spiel.

Viele Menschen haben das Vertrauen in den Staat verloren und fühlen sich durch keine der vorhandenen Parteien mehr vertreten. Sie haben zu Recht den Eindruck, nicht mehr in dem Land zu leben, das die Bundesrepublik einmal war. Sie machen sich Sorgen um ihre und die Zukunft ihrer Kinder. Sie wünschen sich eine verantwortungsvolle Politik für den Erhalt unserer wirtschaftlichen Stärken, für sozialen Ausgleich und eine gerechte Verteilung des Wohlstands, für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine Gesellschaft, deren mächtigste Akteure nur noch von der Motivation


getrieben sind, aus Geld mehr Geld zu machen, führt zu wachsender Ungleichheit, zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zu Krieg. Wir setzen dem unsere Ideen von Gemeinsinn, Verantwortung und Miteinander entgegen, denen wir durch Veränderung der Machtverhältnisse wieder eine Chance geben möchten.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten.

Weitere Informationen unter:  
<https://buendnis-sahra-wagenknecht.de/>

### **Die Bezirksverordneten Dr. Christine Scherzinger und Martin Rutsch erklären:**

„Wir werden aus der Partei DIE LINKE. zum 31. Dezember austreten. Im Januar werden wir uns der neuen Partei BSW anschließen. Das bedeutet, dass wir dann auch die Linksfraktion im Bezirk verlassen werden. Wir wollen im neuen Jahr eine Gruppe in der BVV Tempelhof-Schöneberg bilden.

Dieser Schritt war für uns nicht einfach. Er beruht nicht auf kommunalpolitischen oder persönlichen Differenzen. Die Unvereinbarkeitsklausel der Linken lässt eine Zusammenarbeit auch auf kommunalpolitischer Ebene nicht zu. 

## Greizer Viertel - Mieterinitiative fordert mehr Beteiligung ein!

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo saniert 23 Gebäude in Marienfelde, Greizer Viertel, energetisch, dazu zählen Dachaufstockungen, Fassadendämmungen, Neugestaltung der Freiraum-/Grünanlagen und Badsanierungen sowie an 5 Gebäuden neue Außenanstriche. Die über 5 Jahre dauernde intensive Bautätigkeit umfasst, da wo Mieter zustimmten oder neuer Dachwohnraum entsteht, auch Strangsanierungen. Angekündigt wurde das Sanierungsquartier u.a. im Flyer mit 6 Bauphasen von 2019-2023, inzwischen verlängert es sich bis 2025! Aufgrund der Belastung für die Mieter im aktuellen 4. Bauabschnitt hat sich eine höchst engagierte Mieterinitiative gegründet, die alle Baumängel ausgiebig

dokumentiert, dem zuständigen Baubüro SSP und dem degewo Kundenzentrum Süd fast täglich meldet.

Die mieterseitigen Erfassungsbögen und Fotos zu Rissbildungen, Wasserschäden, feuchten Kellern und Schimmelbildung zeigen gravierende Baumängel, die schwierige Bauablaufplanung und Betreuung auf. Die im Kooperationsvertrag zwischen Senat und degewo verpflichtende Partizipation findet hier nicht ausreichend statt. Z.B. gab es nur eine Informationsveranstaltung im Sommer 2019, wo die Mieter 3 Gestaltungskonzepte und bei Badsanierungen verschiedene Fliesentypen wählen konnten. Die Partizipationsstufen und Mieterinformationen sind nicht ausreichend und die Kommunikation ist von Beginn an kritisch zu beurteilen. Darunter leiden die Mieter, vor allem Pflegebedürftige, mobilitätseingeschränkte ältere Mieter, aber auch Kinder sind von den sanierungsbedingten Einschränkungen und Belastungen im Alltag betroffen. Trotz Eingaben und Anfragen im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und auf Landesebene im Abgeordnetenhaus gab es keine wesentlichen Verbesserungen im Beschwerdemanagement, Kommunikationsverfahren und Mängelbeseitigungen. Die Ziele der degewo der Schaffung von zusätzlichen Wohnungen, energetischer Ertüchtigung und höherem Wohnkomfort sind zu befürworten, aber die Beteiligung der Mieter und Berücksichtigung ihrer individuellen Wohnungsprobleme und Sorgen sollte zukünftig besser erfolgen!

Wir bleiben dennoch für alle Menschen im Bezirk weiterhin ansprechbar und vertreten unsere bisherige kommunalpolitische Linie.

Für unseren Austritt sind übergeordnete politische Gründe entscheidend. Unsere bisherige Partei vertritt nicht mehr die Interessen des Großteils der Bevölkerung. Viele fühlen sich politisch nicht mehr vertreten und sind politisch heimatlos geworden: Wir werden nun aktiv die Neugründung der Partei unterstützen, mitgestalten und die politische Lehrstelle mit drängenden sozialen und friedenspolitischen Themen füllen.“

## Sahra Wagenknecht in Marienfelde - Büroeröffnung von Alexander King



Im Juli eröffnete Alexander King sein Wahlkreisbüro in Marienfelde. Für großen Andrang sorgte die Hauptrednerin, Sahra Wagenknecht. Die damalige Co-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Amira Mohamed Ali, hielt ein Grußwort. Herzlichen Dank an das "Duo vom Balkon" für die musikalische Begleitung unserer Veranstaltung und an alle anderen Mitwirkenden und Anwesenden.



## So erreichen Sie mein Team und mich:

### Kiezbüro Alexander King MdA

Hildburghäuser Str. 29, 12279 Berlin

### Öffnungszeiten

Di, Mi, Do: 10 bis 16 Uhr

### Sozialberatung

je am 1. und 3. Montag im Monat:  
15 bis 17 Uhr

### Mieter- und Energieberatung

während der Öffnungszeiten

Beratungsangebot nur bei vorheriger  
Anmeldung:

**Tel:** 030 40748979

**E-Mail:** buero@alexander-king.de

